

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 17. September 2010

Bundeshaushalt 2011 - erster Schritt zur Einhaltung der Schuldenbremse

Stand der Bundeshaushalt 2010 noch im Zeichen der Bewältigung der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, stellt die unionsgeführte Bundesregierung mit dem Bundeshaushalt 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2014 die Weichen für eine nachhaltige Konsolidierung, um bis zum Jahr 2016 die strukturelle Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu reduzieren.

Entscheidendes Kennzeichen der Haushaltspolitik dieser Koalition ist eine Konsolidierung, die im Wesentlichen über Ausgabenkürzungen erfolgt und nicht, wie von der Opposition gefordert, über Steuererhöhungen. Bis zum Jahre 2014 sinken die Ausgaben jahresdurchschnittlich um rund 1,5 Prozent. Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Zukunftspaket und den darin enthaltenen Maßnahmen wird dieser Konsolidierungskurs konkret und gesetzgeberisch umgesetzt. Die vorgesehenen Kürzungen im sozialpolitischen Bereich sind maßvoll, stehen im Einklang mit unseren sozialpolitischen Zielen und sind daher auch politisch verantwortbar. So ist die Anrechnung des Elterngeldes – einer Lohnersatzleistung – bei ALG-II-Beziehern nur gerecht gegenüber jenen, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Damit tritt nicht jene von der Opposition konstruierte soziale Kälte ein, sondern wir stellen wahre Gerechtigkeit gegenüber den Fleißigen in dieser Republik her.

Die Konsolidierung über die Beschränkung der Ausgaben geht außerdem nicht zu Lasten zukunftsträgiger Investitionen. Die Ausgaben für Bildung und Forschung werden, wie vereinbart, um 12 Milliarden Euro im Zeitraum zwischen 2010 und 2013 erhöht.

Rede zur ersten Lesung des Bundeshaushalts 2011

In dieser ersten Sitzungswoche nach der sitzungsfreien Zeit im Sommer sind vor allem wir Haushaltspolitiker gefragt. Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2011 wird in den Bundestag eingebracht und in erster Lesung debattiert.

Gestern war der Etat von Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder an der Reihe. Da war es für mich als für diesen Bereich zuständigen Abgeordneten selbstverständlich, dass mir meine Fraktion in dieser Debatte Redezeit einräumt. Ich habe sieben Minuten gesprochen—das ist nicht sehr lang, aber für die erste Lesung durchaus üblich.



In meiner Rede ging es in erster Linie um die zur Einhaltung der Schuldenbremse notwendigen Anpassungen beim Elterngeld sowie um die von der Bundesregierung geplante

Qualifizierungsoffensive. Für die Qualifizierungsoffensive wird bis 2014 eine knappe halbe Milliarde Euro für die frühkindliche Bildung ausgegeben. Das Geld wird zu großen Teilen in die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund sowie für Kinder mit besonderem Förderbedarf investiert. Bei allen Sparbemühungen, die wir aktuell an den Tag legen müssen, halte ich diese Investition für äußerst sinnvoll. Wir haben in Niedersachsen bereits ein ähnliches Programm, das noch bis Ende 2011 läuft. Ich habe schon in meiner Zeit als Langwedeler Bürgermeister ausschließlich positive Rückmeldungen erhalten und halte dieses Programm für äußerst sinnvoll, denn Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration.

Deutschland soll klimafreundlichste Volkswirtschaft der Welt werden

Mit der Erarbeitung eines umfassenden Energiekonzeptes hat die christlich-liberale Koalition einen konkreten Plan zum umfassenden Ausbau der erneuerbaren Energien vorgelegt. In den nächsten Monaten werden wir sukzessive das Gesamtkonzept für eine umweltfreundliche, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung umsetzen. Damit werden wir nach Jahren rot-grünen Nichtstuns erstmals die Voraussetzungen dafür schaffen, dass über deutliche Energieeinsparungen, beispielsweise durch verstärkte Anstrengungen im Bereich der Gebäudesanierung, und über den marktkonformen Ausbau erneuerbarer Energien

die Kernkraft in den nächsten Jahrzehnten wirklich zuverlässig ersetzt werden kann, ohne die Klimaschutzziele zu gefährden. Erforderlich hierfür ist beispielsweise der zügige Ausbau der Netzinfrastruktur, auch im europäischen Zusammenhang, und die Entwicklung und Erprobung der Möglichkeiten zur CO₂-Abscheidung.

Um diese Ziele zu erreichen, sind jährliche Investitionen in Höhe von rund 20 Milliarden Euro erforderlich. Bundesregierung und Energieunternehmen haben sich deshalb darauf verständigt, dass die Mehrerlöse, die aus der durchschnittlichen

Verlängerung der Laufzeiten der deutschen Kernkraftwerke um 12 Jahre entstehen, zu einem erheblichen Teil in die Förderung und den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen. Darüber hinaus sollen durch die befristete Erhebung einer Kernbrennstoffsteuer der Bundeshaushalt entlastet und das Lager Asse saniert werden. Die aus der Laufzeitverlängerung resultierenden Gewinne werden damit zum einem ganz erheblichen Teil abgeschöpft. Der Vorwurf der Opposition, die christlich-liberale Koalition bevorteile einseitig die Energieversorgungsunternehmen, ist haltlos.

Aufschwung gewinnt an Fahrt und Breite

Die konjunkturelle Entwicklung hat sich zur Jahresmitte noch einmal deutlich beschleunigt. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im zweiten Quartal um 2,2 Prozent und damit so stark wie seit 1991 nicht mehr.

Für das Jahr 2010 rechnet das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel inzwischen mit einem gesamtwirtschaftlichen Zuwachs von 3,4 Prozent. Besonders erfreulich ist, dass der Aufschwung in den ver-

gangenen Monaten an Breite gewonnen hat: Neben den boomenden Exporten legten aufgrund der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt auch der private Konsum und die Anlageinvestitionen zu.

Zahl der Arbeitslosen dürfte unter drei Millionen sinken

Die gute Entwicklung der deutschen Wirtschaft hat sich in Juli und August erneut sehr erfreulich auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Die Zahl der Erwerbslosen sank im vergangenen Monat auf 3,188 Millionen Personen oder 7,6 Prozent. Diese positive Entwicklung zeichnet sich nicht nur in ganz Deutschland, sondern auch in den beiden Landkreisen Ver-

den und Osterholz ab. Das freut mich natürlich ganz besonders.

Deutschland nimmt damit im internationalen Vergleich eine Spitzenposition ein. Die Welt spricht deshalb schon von einem neuen deutschen Jobwunder.

Im Verlauf des nächsten Jahres dürfte die Zahl der Arbeitslosen unter drei Millionen sinken. Mit dem

Rückgang der Zahl der Erwerbslosen war in den vergangenen Monaten zugleich ein deutlicher Zuwachs an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung verbunden. Im Juni lag sie nach einer Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit bei 27,66 Millionen; gegenüber dem Vorjahr war das ein Plus von 284.000.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range